

Niederschrift Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Sitzungstermin: Donnerstag, 23.04.2009
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:13 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verw. gebäude II

Anwesend:

Vorsitzender

Swieter, Benjamin

SPD-Fraktion

Brunken, Karola

für Horst Jahnke

Burfeind, Heidrun

Götze, Horst

Mecklenburg, Rico

Schulze, Kai-Uwe

Wessels, Johann

CDU-Fraktion

Janßen, Heinz Werner

für Monika Hoffmann

Orth, Petra

für Helmut Bongartz

FDP-Fraktion

Ammersken, Heino

Bolinius, Erich

für Hillgriet Eilers (bis 18:10 Uhr)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd

Fraktion DIE LINKE.

Koziolak, Stephan-Gerhard

Verwaltungsvorstand

Lutz, Martin

Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Discus, Gerhard

Mannott, Hilko

Willms, Artur

Protokollführung

Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Swieter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Swieter erklärt, die Verwaltung habe den Wunsch geäußert, den TOP 6 vorzuziehen und vor TOP 5 zu behandeln.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 19.03.2009

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 19.03.2009 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 5 Terminplanung Budgetaufstellung für das Jahr 2010 (erster NKR - Haushalt)
Vorlage: 15/1117

Herrn Lutz stellt anhand der Vorlage die Terminplanung der Budgetaufstellung für das Jahr 2010 vor. Dabei weist er auf zwei Veranstaltungen für Ratsmitglieder hin. Zum 29.10.2009 werde das Budgetbuch für das Jahr 2010 vorliegen. Am 30.10.09 würde er einen ganztägigen Workshop anbieten zu den Themen „Inhalt des neuen Haushaltsplanes sowie Aufbau eines NKR-Haushalts“. Er bittet um eine rege Teilnahme der Ratsmitglieder.

Anmerkung der Protokollführung:

Teilnehmer der NKR-Arbeitsgruppe sind Herr Horst Jahnke (SPD), Frau Petra Orth (CDU), Frau Hillgriet Eilers (FDP), Herr Bernd Renken (Bündnis 90/Die Grünen) sowie Herr Stephan-Gerhard Koziolk (DIE LINKE.).

Niederschrift Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Weiterhin bittet er darum, sich bezüglich der Produktblätter im Budgetbuch zusammzusetzen, um zu diskutieren, welche Informationen der Rat zukünftig in diesen Bücher haben möchte. Die bestehende Arbeitsgruppe NKR sollte sich im Mai 2009 mit diesem Thema befassen. An diesem Treffen würden auch Vertreter der Softwarefirma teilnehmen.

Herr Bolinius bittet darum, die Veranstaltung im Oktober nicht an einem Arbeitstag, sondern evtl. an einem Freitagnachmittag oder Samstag durchzuführen.

Herr Lutz nimmt diese Anregung auf und werde versuchen, diese Veranstaltung am Freitagnachmittag durchzuführen. Evtl. sei dann eine Fortsetzung am folgenden Samstag notwendig.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 6 Quartalsberichtsergebnis zum 31.12.2008
Vorlage: 15/1116

Herr Lutz erläutert ausführlich das Quartalsberichtsergebnis zum 31.12.2008 anhand der Vorlage.

Herr Swieter bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Renken bittet Herrn Lutz um eine detaillierte Darstellung der Höhe der Rücklagen am Jahresende. Weiter fragt er an, aus welchem Grund die kalkulatorischen Kosten bei der Isensee-Stiftung von 7 % auf 3,5 % reduziert worden seien. Abschließend bittet er um Auskunft, inwieweit die Forderungen im Bezug auf Unterhaltsleistungen einen realen Hintergrund für künftige Einnahmen habe.

Herr Lutz erklärt, den aktuellen Stand der Rücklagen könne er im Moment nicht sagen. Hierzu würde er in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation Stellung zu nehmen.

Bezüglich der Unterhaltsleistungen führt Herr Lutz aus, wenn ein Vater für den Unterhalt seines Kindes nicht aufkomme, trete das Jugendamt in Vorleistung durch die Gewährung von Unterhaltsvorschuss. Daraufhin werde versucht, mit dem Unterhaltsberechtigten einen Titel zu erwirken. Dazu könne das Jugendamt einen Vertrag schließen, der auch vollstreckbar sei. Davon gäbe es eine Fülle von Fällen und diese Fälle würden jetzt konkret aufgearbeitet. Sollte festgestellt werden, dass die Möglichkeit bestehe, einen Titel zu erwirken, werde dieses Geld zum Soll gestellt. Dieses führe zu einer erhöhten Sollstellung im Haushalt. Bis zum 01.01.2010 müssten mit der Eröffnungsbilanz diese Forderung bewertet und Hochrechnungen gemacht werden. Dieses Vorgehen werde bei vielen Betrieben durchgeführt. Von diesen Geldern müssten auch anteilmäßig Bund und Land etwas erstattet werden. Ob am Ende ein positives Geschäft für die Stadt Emden herauskomme, könne er nicht sagen.

Herr Lutz führt hinsichtlich der Isensee-Stiftung aus, die Senkung des kalkulatorischen Zinssatzes gehe zu Lasten des städtischen Haushalts. Man habe festgestellt, dass über Jahre hinweg die Mietentwicklung der Isensee-Stiftung konstant gewesen sei und es keine Mieterhöhung gegeben habe. Ansonsten reiche das Geld, welches aus den Mieteinnahmen und aus der Verzinsung des Anlagenkapitals eingenommen werde aus, um die Kosten zu decken. Da der städtische Haushalt durch diese kalkulatorische Verzinsung von 7 % profitiere, habe man sich mit den Vertretern der Isensee-Stiftung zusammengesetzt und sich geeinigt, hier etwas zu ändern und mit Frau Isensee über eine moderate Anpassung des Mietzinses zu reden, um die Einnah-

Niederschrift Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

men zu erhöhen. Auch habe man darüber gesprochen, inwieweit der Instandhaltungsaufwand reduziert werden könnte. Außerdem wolle die Stadt Emden versuchen, der Isensee-Stiftung mit einem anderen Zinssatz entgegenzukommen. Nunmehr werde insgesamt versucht, durch Reduzierung der Instandhaltungsmaßnahmen und durch die noch bessere Anlage von Geld höhere Renditen zu erzielen, um die Stiftung auf dem Laufenden zu halten und ein System zu finden, das langfristig kostendeckend bleibe.

Herr Götze fragt an, ob die Heizkosten für 2008 sich tatsächlich verringert hätten. Seiner Meinung nach seien diese im letzten Jahr sehr hoch gewesen und hätten sich erst in 2009 vermindert.

Herr Lutz antwortet, wenn er gesagt habe, dass sich die Heizkosten in 2008 verringert hätten, dann habe er sich versprochen. Sie seien tatsächlich erst 2009 gesunken.

Herr Janßen fragt bezüglich der Beleuchtung der öffentlichen Straßen an, aus welchem Grunde beim Bau neuer Straßen alte Lampen eingebaut würden und keine LED-Lampen, die doch eine erheblich längere Lebensdauer hätten.

Herr Lutz erklärt, im Haushalt sei ein Posten in Höhe von 60.000 € zur Erneuerung der Leuchtmittel vorhanden. Dieses Geld werde auch regelmäßig ausgegeben. Auf der anderen Seite würden die Stromkosten nicht entsprechend reagieren und seien noch relativ hoch im Vergleich zu den Vorjahren. Deshalb habe man sich überlegt, zwar Eigentümer der Lampen zu bleiben, aber diese an die Stadtwerke zu verpachten. Dieses gelte auch für neu geschaffene Anlagen. Diese Beleuchtungsanlagen würden dann von den Stadtwerken betrieben und das Licht an die Stadt Emden verkauft. Hierin sei die Auflage enthalten, keine alten Leuchtkörper einzubauen. Zu diesem Thema habe Herr Docter bereits im Werksausschuss BEE Bericht erstattet.

Herr Wessels bittet um Auskunft, ob die Stadt Emden hinsichtlich des Lampenkaufes an die Stadtwerke gebunden sei. Auch sei er der Ansicht, dass durch die neuen Leuchtmittel in Neubaugebieten weniger Strom verbraucht werde. Dadurch müsste sich seines Erachtens der Strompreis reduzieren.

Herr Lutz führt aus, die Stadt Emden habe eine vertragliche Bindung mit den Stadtwerken über die Straßenbeleuchtung. Zudem habe sie einen Vertrag über die Betreuung geschlossen. Das erspare der Stadt das Vorhalten von Personal. Wenn es diesen Vertrag nicht gäbe, müsste alle paar Jahre ausgeschrieben werden. Solange die Stadtwerke diesen Auftrag behalten würden, sichere es dort entsprechende Arbeitsplätze. Die Stadtwerke selber würden die neuesten Leuchtmittel ausschreiben. Welche Leuchtmittel zum Einsatz kommen würden, müssten die Stadtwerke mit der Stadt Emden abstimmen.

Hinsichtlich der Beleuchtung einer neugebauten Straße gibt Herr Lutz zu bedenken, dass der Stromverbrauch vor dem Ausbau dieses Gebietes noch nicht angefallen sei. Somit erhöhe die Beleuchtung einer neu gebauten Straße den Stromverbrauch.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Darstellung der Ausbildungssituation bei der Stadt Emden
Vorlage: 15/1119

Herr Discus führt aus, Ausbildung sei eine wichtige Gesellschaftsaufgabe. Wer eine gute Ausbildung durchlaufe, habe Chancen für sein zukünftiges Leben eine Erwerbsstelle zu finden, um

Niederschrift Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

sich selber zu versorgen und sich nicht von staatlichen Unterhaltssystemen aller Art abhängig zu machen. Aus diesem Grunde habe die Ausbildung einen sehr hohen Stellenwert in der Gesellschaft und auch innerhalb der Stadtverwaltung Emden. Diese habe auch ein ureigenes Interesse an einer Ausbildung, da es dadurch gelinge, Personen in die Verwaltung hineinzunehmen, die im Rahmen ihrer fachlichen Ausbildung in der Lage seien, die Verwaltungstätigkeit fortzuführen.

Er erklärt weiter, durch derzeit zehn unterschiedliche Ausbildungsberufe sei ein vielfältiges Spektrum gegeben, sowohl für Realschüler als auch für Personen, die ein verwaltungsinternes Studium anstreben würden. Gerade hier würde auch ein Handlungsbedarf gesehen werden, denn der Ausbildungsgang für den gehobenen Dienst müsse für die Zukunft durch Werbung bekannter gemacht werden. Da die Schüler eher auf klassische Berufe ausgerichtet seien, hätten sie die Verwaltung weniger im Blickfeld. Durch zahlreiche Aktivitäten, die teilweise bereits über Jahre hinweg betrieben würden, wie z. B. das Schülerpraktikum, der Zukunftstag oder die jährliche Ausbildungsmesse gäbe es vielfältige Möglichkeiten, junge Leute anzusprechen. Zudem arbeite die Stadt Emden sowohl mit der Industrie- und Handelskammer als auch mit dem Arbeitgeberservice der Agentur für Arbeit zusammen. Gerade dieses Feld der Ausbildung sei im Laufe der Jahre immer breiter geworden. Daneben sei auch der formale Aufwand gestiegen.

Herr Discus führt aus, weiter müsse man auch die Migranten und Migrantinnen für die Verwaltung interessieren. Durch die demographische Entwicklung sei belegt, dass die Geburten zurückgehen würden, dadurch würde die Stadt Emden als ausbildungswillige Stelle in Konkurrenz zu anderen Betrieben treten.

Abschließend stellt Herr Discus fest, die Verwaltung sei mit der geleisteten Ausbildung und den Prüfungsergebnissen, die im oberen Bereich liegen würden, zufrieden. In der Regel würde auch denjenigen, die ihre Prüfung mit „2“ abgeschlossen hätten, ein unbefristeter Vertrag oder eine Übernahme in das Beamtenverhältnis angeboten, sofern es die Personalbedarfsplanung zulasse. Auch würde die Ausbildungsleiterin sich um die Auszubildenden persönlich kümmern und sogenannte Kennenlertage anbieten. Dadurch solle erreicht werden, eine weitere Generation heranzuziehen, die sich untereinander kenne. Dieses sei auch ein Garant für eine spätere gute Zusammenarbeit in der Verwaltung.

Herr Swieter bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Ammersken regt an, aufgrund der derzeitigen konjunkturellen Situation bei der Stadt Emden in den nächsten Jahren über Bedarf auszubilden, um hier eine gewisse Kompensation hinzubekommen.

Herr Discus entgegnet, in jedem Jahr werde der voraussichtliche Bedarf der nächsten drei Jahre geprüft. In der Regel bilde die Stadtverwaltung schon über Gebühr aus, da es immer ein paar Unwägbarkeiten in der Personalbedarfsplanung gäbe, die nicht vorauszusehen seien. Auch werde der ARGE Emden Personal angeboten, weil dort eine gewisse Refinanzierung durch die Bundesagentur erfolge. Derzeit würden auch im Leistungsbereich Mitarbeiter des gehobenen Dienstes durch Bedienstete des mittleren Dienstes bzw. vergleichbarer Entgeltgruppen ersetzt. Auch hätten die Auszubildenden nach ihrer Ausbildung gute Chancen, von anderen Kommunen eingestellt zu werden, die weniger ausbilden würden.

Herr Wessels bittet um Auskunft, ob die Auszubildenden komplett übernommen würden und wie viele Personen sich im letzten Jahr bei der Stadt Emden beworben hätten.

Herr Lutz führt aus, alle Auszubildenden, die eine gute Prüfung ablegen würden, könnten davon ausgehen, zunächst einmal für ein oder zwei Jahre befristet eingestellt zu werden. Auszu-

Niederschrift Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

bildende, die sich nicht bewährten, würden auch nicht in den Dienst der Stadt Emden übernommen werden. Da über die Anzahl des tatsächlichen Bedarfs ausgebildet werde, wolle man für die Stadtverwaltung auch eine entsprechende Leistung und Qualität haben. Darauf habe der Bürger Anspruch. Bezüglich der Anzahl der Bewerbungen erklärt Herr Lutz, es sei festzustellen, dass leider zunehmend weniger Bewerbungen aus Emden eingehen würden. Auch müsse man über die Qualität der Bewerbungen in manchen Punkten ein wenig zweifeln.

Herr Discus ergänzt, es würden ungefähr 70 bis 100 Bewerbungen pro Stelle eingehen. Anhand der Zeugnisse und Eindrücke finde zunächst einmal eine Vorauswahl statt, bevor ein Eignungstest durchgeführt werde.

Frau Orth bittet um die Ermittlung des Bedarfs der Verwaltung auch für die kommenden Jahre, um für die Zukunft planen zu können.

Herr Discus entgegnet, noch läge keine detaillierte Personalplanung vor. Doch müsse man im Grunde heute schon schauen, welchen Bedarf man in drei Jahren habe. Zudem sei die Verwaltung relativ alt und spätestens in zwei oder drei Jahren werde die Anzahl der ausscheidenden Personen steigen. Dementsprechend müsse jetzt schon vorgesorgt werden. Das sei auch dadurch geschehen, dass bereits im Jahre 2008 mehr Auszubildende eingestellt worden seien als in den Vorjahren.

Frau Orth bemerkt, normalerweise würde ein Unternehmen darauf achten, dass die Altersklassen gleichmäßig verteilt seien. Sie fragt an, ob auch bei der Stadt Emden so verfahren werde.

Herr Discus erklärt, in den frühen 90-er Jahren sei ein Personalabbau durchgeführt worden, wodurch viele ältere Arbeitnehmer ausgeschieden seien. Nach fünf bis zehn Jahren sei es zu einer Verjüngung gekommen. Doch auch dieser Kreis sei nunmehr älter geworden. Er gehe davon aus, dass in den nächsten Jahren eine gesunde Durchmischung vorhanden und somit die Stadt Emden in ihrer Gesamtstruktur auf einem sehr guten Wege sei.

Herr Ammersken stellt fest, dass in der Vorlage erwähnt worden sei, die Qualität der Bewerber habe sich in den letzten Jahren leicht verschlechtert. Als Lösung sei angeführt worden, möglicherweise die Anforderungen an die Bewerber zu prüfen. Er fragt an, was dieses konkret bedeute.

Herr Discus antwortet, bei dieser Aussage werde nur von den Zensuren ausgegangen. In den früheren Jahren seien die Notendurchschnitte besser gewesen. Wenn man nur von einem Notendurchschnitt bis zu einer bestimmten Zensur ausgehe, würden von vornherein zu viele Bewerber in der Vorauswahl ausgeschlossen werden. Die Anforderungen an die Auszubildenden könnten nicht sinken, da sie durch die Prüfungsverordnung vorgegeben würden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Lutz erklärt, der Rat der Stadt Haugesund habe dem Antrag auf eine Städtepartnerschaft zugestimmt und werde nunmehr eine Arbeitsgruppe bilden, um ein Programm für die nächsten Jahre zu erarbeiten. Die Stadt Haugesund habe den Oberbürgermeister zusammen mit einer kleinen Delegation eingeladen, um den Partnerschaftsvertrag zu unterschreiben. Es könne jedoch auch gut möglich sein, dass dieser Vertrag in Emden unterzeichnet werde. Die Einzelheiten müssten nunmehr geklärt werden.

Niederschrift Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

TOP 9 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.